



HESSISCHER LANDTAG

30.11.2017

HHA

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die
Haushaltsjahre 2018 und 2019 (Haushaltsgesetz 2018/2019)

Drucksache 19/5237

Inhalt des Antrags: **Einrichtung eines Kompetenzzentrums
Rekommunalisierung**

Einzelplan **03 Hessisches Ministerium des Innern und für Sport**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 01 Ministerium
Buchungskreis: 2200

Produktnummer lt. Leistungsplan 18 neu

Bezeichnung lt. Leistungsplan Kompetenzzentrum Rekommunalisierung

Veränderung
von um auf

Leistungsplan 2018:

	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	0,0	+360,0	360,0
Produktabgeltung	0,0	+360,0	360,0

Leistungsplan 2019:

	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	0,0	+360,0	360,0
Produktabgeltung	0,0	+360,0	360,0

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Die Strategie von Ropland Koch, Hessen in ein "Musterland der Privatisierung" zu verwandeln, ist krachend gescheitert. Insbesondere Private-Public-Partnership Projekte (PPP) führten zu massiven Verteuerungen und Belastungen öffentlicher Haushalte und entziehen sich jeglicher nachträglicher Steuerung und öffentlicher Kontrolle.

Deshalb soll das „PPP Kompetenzzentrum“ der Landesregierung endlich in eine „Beratungsstelle für Rekommunalisierung“ umgewandelt werden. So können Kommunen beraten werden, die z.B. ihre Energie- und Wasserversorgung oder Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen wieder zurückholen oder ausbauen wollen.

Wiesbaden, 30.11.2017

Für die Fraktion DIE LINKE
Die Fraktionsvorsitzende

Janine Wissler